

Beschluss-Vorlage 2018/0364 zur Sitzung am 23.10.2018
des HAUPTAUSSCHUSSES

TOP 6

öffentlich

Betreff: Haushalt 2018; Bericht über die Entwicklung der ersten neun Monate

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

<u>Kosten laut Beschlussvorschlag:</u>	<u>Kosten der Gesamtmaßnahme</u>	<u>Folgekosten</u>
Euro	(nur bei Teilvergaben)	einmalig
Kosten lt. Kostenschätzung		lfd. jährl.
Euro	Euro	Euro

Veranschlagt im Ergebnis-HH 2018	im Investitions-HH 2018	mit Euro	Produktkonto Haushaltsansatz Bereits vergeben
--	----------------------------	-------------	---

Der zuständige Referent / Die zuständige Referentin
wurde gehört hat zugestimmt hat nicht zugestimmt

Sachverhalt:

Aus der beiliegenden Kontenübersicht (Stand 30.09.2018) ist die Entwicklung des städtischen Haushaltes bis zum 30.09.2018 ersichtlich.

Zu beachten ist, dass die bei Kontenklasse 40* - Steuern und ähnliche Abgaben - unter "Ergebnis/Soll III/2018" ausgewiesenen Beträge bis 30.09.2018 nur zu dem Betrag eingegangen sind, der unter den „Zahlungen/Ist“ erfasst ist. Hinsichtlich der Gewerbesteuer, des Einkommen- und Umsatzsteueranteils, der Einkommensteuerersatzleistung (S. 1) und der Gewerbesteuerumlage (S. 9) wird auf die jeweiligen Anmerkungen ergänzend verwiesen.

Die vorliegenden Daten gliedern sich auf in die Stände der Ergebnisrechnungskonten (Anlage 1) sowie der Bestandskonten (Finanzhaushalt aus Investitionstätigkeit – Anlage 2). Fragen zu einzelnen Konten werden von der Verwaltung in der Sitzung gerne beantwortet.

Aus der Haushaltsübersicht für den Zeitraum bis 30.09.2018 ist folgendes Wesentliche erkennbar:

A) Allgemein

Den detaillierten Zahlen vorangestellt wird eine Übersicht über das **ordentliche (Gesamt)-Ergebnis**. Das **ordentliche Ergebnis (S. 1)** wiederum gliedert sich auf in das **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (S.12)** und das **Finanzergebnis (S.13)**. Weiterhin wird das **außerordentliche Ergebnis (S. 13)** separat dargestellt.

Das **ordentliche Ergebnis (S. 1)** schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von rd. 2.661.465 Euro zum 30.09.2018. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Anteile an der Lohn- und Einkommenssteuer bzw. die Umsatzsteuerbeteiligung sowie die Verrechnung der Gewerbesteuerumlage erst zum 31.10.2018 gutgeschrieben werden und bei einigen Positionen bereits der Gesamtbetrag der Erträge bzw. Aufwendungen für das komplette Jahr 2018 verbucht wurden. Dies ist beispielsweise bei der Kreisumlage (Konto 537200) und der Gewerbesteuer der Fall.

Bei der **Gewerbesteuer** wird aus heutiger Sicht mit Gesamteinnahmen von rd. 17,0 Mio Euro gerechnet. Gegenüber dem Haushaltsansatz stünden somit **Mindererträge** von 2,5 Mio Euro zu Buche. Die dadurch bedingte Minderbelastung bei der Gewerbesteuerumlage würde rd. 0,52 Mio Euro bedeuten, die Netto-Mindereinnahmen in 2018 lägen somit bei rd. 1,98 Mio Euro.

Das **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (S. 12)** schließt zum 30.09.2018 mit einem Defizit in Höhe von 2.152.104 Euro. Unter Berücksichtigung der genannten Veränderungen, einer ggf. nötigen Rückstellung für die Grunderwerbsteuer (rd. 0,5 Mio Euro), der Abschreibungen (Ansatz: 5,5 Mio Euro) sowie der Auflösung von Sonderposten (Ansatz: 1,4 Mio Euro), ergibt sich ein Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von rd. 372.800 Euro.

Das **Finanzergebnis (S. 13)** schließt mit einem Fehlbetrag von 509.361 Euro.

Alle weiteren Erträge des Ergebnishaushaltes im Zeitraum bis 30.09.2018 liegen etwas über den eingeplanten Ansätzen. Auf der Ausgabenseite des Ergebnishaushaltes liegen die Planansätze - insgesamt gesehen - im Rahmen. Die Einnahmen und Ausgaben des Finanzhaushaltes aus Investitionstätigkeit sind großteils nicht steuerbar.

Auf die detaillierten Einzelanmerkungen (Teil B) wird ergänzend hingewiesen. Die finanztechnische Entwicklung (Kassenbewirtschaftung) verläuft bislang zufriedenstellend. Kassenkredite mussten nicht in Anspruch genommen werden.

B) Einzelanmerkungen:

Die **Einkommensteuerrate III/2018** beträgt **7.241.889 Euro** und liegt um **rd. 0,25 % über dem Aufkommen des 3. Quartals 2017**. Für die ersten neun Monate 2018 ergibt sich damit ein Minus von rd. 1,43 % gegenüber dem Vorjahr (Plan: -2,13 %). Für das 4. Quartal 2018 wird im Dezember ein Abschlag (Ergebnis 3. Quartal 2018 + 10 %) ausgezahlt (Endabrechnung erfolgt Anfang 2019). Somit ergibt sich in 2018 beim Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer **ein Mehraufkommen gegenüber der Planung von rd. 336.722 Euro**. Wie sich die Spitzabrechnung des 4. Quartals 2018 in 2019 darstellt, bleibt abzuwarten.

Bei der **Einkommensteuerersatzleistung** des Landes für Verluste aus dem Familienleistungsausgleich belief sich der Anteil im 3. Quartal 2018 auf **603.752 Euro (III/2017: 591.260 Euro = +2,11 %)**. In den ersten neun Monaten 2018 ist ein Plus von rd. 1,25 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (Plan: 0,00 %). Unter Berücksichtigung der Abschlagszahlung für das 4. Quartal 2018 (Abschlag IV/2018 = III/2018), ergeben sich **Mehreinnahmen von 70.529 Euro** gegenüber dem Ansatz von 2.207.150 Euro.

Die **Umsatzsteuerbeteiligung** wegen des Wegfalls der Gewerkekaptalsteuer beträgt im dritten Quartal 2018 **380.364 Euro** (+27,73 % gegenüber III/2017). Damit schließen die ersten neun Monate um rd. 26,28 % höher als in 2017 (Plan: 24,45 %). Daraus ergeben sich 2018 **Mehreinnahmen von rd. 11.828 Euro** gegenüber dem Ansatz von 1.481.800,00 Euro. In den Zahlen beinhaltet ist die 5-Milliarden-Euro-Entlastung der kommunalen Ebene durch den Bund (Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten für Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen).

Zusammengefasst lässt sich bei diesen drei Einnahmearten feststellen, dass für 2018 **Mehreinnahmen von rd. 419.079 Euro** gegenüber dem Ansatz gegeben sind.

Das **Gewerbesteuersoll** liegt derzeit (Stand: 15.10.2018) bereinigt bei **rd. 16,92 Mio Euro** (Ansatz: 19,5 Mio Euro). Zum 12.10.2017 betrug das bereinigte Gewerbesteuersoll rd. 13,81 Mio Euro. Vorsichtig geschätzt ist aus heutiger Sicht ein Gewerbesteuersoll zum Jahresende von rd. 17,0 Mio Euro denkbar.

Wird ein Gewerbesteueraufkommen von 17,0 Mio Euro erreicht, beträgt die **Gewerbsteuerumlage 2018** rd. 3.518.500 Euro. Dies bedeutet Minderaufwendungen im Vergleich zum **Ansatz in Höhe von rd. 538.700 Euro** (im Übrigen auch durch die Senkung des Vervielfältigers von 68,5 v.H. auf 68,3 v.H.).

Das Aufkommen aus der **Grundsteuer A** und der **Grundsteuer B** verzeichnet **Zuwächse** und liegt derzeit **um rd. 108.200 Euro** über den Haushaltsansätzen.

Die Ergebnisse aus der Veranlagung von **Zweitwohnungs- und Hundesteuer** liegen mit rd. 2.800 Euro geringfügig **über den Planwerten**.

Der Anteil an der **Grunderwerbsteuer** liegt in den ersten neun Monaten **über den Planansätzen**. Mithin der Anfang Oktober eingegangenen Zahlung ist ein Stand von rd. 2,56 Mio Euro zu verzeichnen (Ansatz 2018 insgesamt: 2,5 Mio Euro). Aus Sicht der Verwaltung ist allerdings eine Rückforderung von zu viel entrichteten Grunderwerbsteuern zu befürchten. Sollte diese noch bis Jahresende fällig werden, wären auf Jahressicht geringfügige **Mindereinnahmen von rd. 23.000 Euro** zu verkräften. Ansonsten ist für den Rückforderungsbetrag von rd. 0,5 Mio Euro im Jahresabschluss eine Rückstellung zu bilden.

Beim **Kfz-Steueranteil 2018** sind **Mehreinnahmen von 41.300 Euro** zu verzeichnen (Ansatz 2018: 463.800 Euro).

Die **Zinserträge aus Geldanlagen** bewegen sich auf sehr schwachem Niveau. Aus heutiger Sicht kann der Ansatz von 3.350 Euro bis Jahresende nur zu zwei Drittel erfüllt werden. Verwahrentgelte konnten bislang vermieden werden, sie erscheinen jedoch nach aktueller Ankündigung der Hausbanken in den kommenden Monaten unausweichlich.

Bei der **Verzinsung von Steuerforderungen** sind auf der Aufwandsseite bislang **Mehrausgaben von rd. 66.800 Euro** zu verzeichnen (u. a. ein Einzelfall mit rd. 92.300 Euro). Auf der Ertragsseite (Steuer-nachforderungszinsen) bestehen derzeit **Mindereinnahmen von rd. 11.000 Euro**.

Die **Personalausgaben** (Ansatz: rd. 19,34 Mio Euro) bewegen sich aus heutiger Sicht **im Rahmen der kalkulierten Ansätze**. Die Mehrungen, die aus dem kürzlich beschlossenen Tarifabschluss für die Beschäftigten der Stadt Germering resultieren, sind teilweise bereits eingeplant bzw. können kompensiert werden.

Die endgültige **Kreisumlage** beträgt unter Zugrundelegung eines Umlagesatzes von 49,50 v.H. 31.326.510 Euro (Ansatz: 32.032.750 Euro / **Minderaufwendungen von rd. 706.240 Euro**).

Für den **Straßenunterhalt** werden im laufenden Jahr **rd. 233.000 Euro zusätzlich** verausgabt. Die Deckung erfolgt über den nicht ausgeschöpften Investitionsansatz.

Ob die veranschlagten **Einnahmen aus Parkplatzgebühren, Bestattungs- und Grabgebühren, Personalausweis- und Reisepassgebühren und den Mieten und Pachten wie Nebenkostenersätzen u. ä.** exakt erreicht werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschätzbar (hängt überwiegend von nicht beeinflussbaren Faktoren ab).

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass evtl. weitere Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben im laufenden Bereich aus heutiger Sicht durch anderweitige Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben kompensiert werden können.

Die **Einnahmen und Ausgaben des Finanzhaushaltes aus Investitionstätigkeit** sind größtenteils nicht steuerbar.

Hier sind folgende Verschiebungen von Investitionsanteilen in die Folgejahre absehbar:

Hinsichtlich des **Erwerbs von Mietwohnungen in der Landsberger Str. 1** (Schaffung bezahlbaren Wohnraums) werden voraussichtlich rd. **1,0 Mio Euro** des Kaufpreises nicht mehr in 2018 fällig werden.

Bei den Investitionen in den Bereich **Kinder- und Jugendbetreuung** deuten sich Verschiebungen von zusammen rd. **1,0 Mio Euro** an (insbesondere Erwerb Kindergarten Landsberger Str. 1, Generalsanierung Kindertagesstätte Abenteuerland, Neubau bzw. Erweiterung Abenteuerspielplatz, Sanierung und Erweiterung Kindergarten Spatzennest).

Im **schulischen Bereich** kommen bei der **Erweiterung der Kerschensteinerschule** voraussichtlich rd. **500.000 Euro** des geplanten Ansatzes nicht mehr in 2018 zur Auszahlung.

Für die Generalsanierung und Erweiterung der **Wittelsbacher Mittelschule und Theresengrundschule** fallen in 2018 voraussichtlich keine Mehrungen gegenüber dem Ansatz an. Allerdings ergeben sich in den Folgejahren - wie berichtet - Mehrbelastungen.

Für die Erweiterung des **Feuerwehrhauses Germering** werden voraussichtlich Ausgaben von rd. **800.000 Euro** erst im Folgejahr zur Auszahlung kommen.

Im Bereich **Freizeit und Sport** ergeben sich in 2018 Minderausgaben von rd. **1,0 Mio Euro**. Hier verschieben sich die Auszahlungen für die **Erweiterung des Hallenbades** um ein Lehrschwimmbecken und einen Eltern-Kind-Bereich ins Folgejahr.

Mindereinnahmen von 69.600 Euro entstehen bei der Position **weitere sonstige Sonderposten**. Die Investitionspauschale des Freistaates nach Art. 12 FAG beträgt 405.400 Euro anstatt der eingeplanten 475.000 Euro.

Inwieweit für den angekündigten **Wegfall der Straßenausbaubeiträge** zum Stichtag 01.01.2018 eine Kompensation zugunsten der Stadt erfolgt, ist zum heutigen Tag noch nicht abzusehen. Neu- und Ausbaumaßnahmen mit einem Nettovolumen von **rd. 0,95 Mio Euro** sind daher bis auf Weiteres zurückgestellt.

Die Bewirtschaftung des **Finanzhaushalts aus Finanzierungstätigkeit** verläuft planmäßig.

Darlehensaufnahmen wurden in Höhe von **8,1 Mio Euro** vom Stadtrat beschlossen. Ob diese Summe bis zum Jahresende gänzlich abgerufen wird, steht aufgrund der v. g. Verschiebungen von Investitionen zum Berichtszeitpunkt noch nicht fest.

Die verbleibende Darlehensermächtigung 2018 (**2,35 Mio Euro**) ist - wie in der letzten Stadtratssitzung berichtet - voraussichtlich auf das Jahr 2019 fortzuschreiben.

C) Zusammenfassung

Im laufenden Bereich ergeben sich insgesamt Minderungen gegenüber dem Haushaltsansatz, vor allem aufgrund von Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer (rd. 2,5 Mio Euro). Diese können nur zu einem Teil durch Mehrungen bei den Anteilen an der Einkommens- und Umsatzsteuer (rd. 0,4 Mio Euro) und der verminderten Zahllast bei der Gewerbesteuerumlage (rd. 0,5 Mio Euro) ausgeglichen werden. Zum Jahresende läge der Finanzhaushalt aus laufender Verwaltungstätigkeit damit um rd. 1.022.300 Euro unter dem Ansatz von -6.229.250 Euro.

Im Finanzhaushalt aus Investitionstätigkeit ergeben sich aus heutiger Sicht deutliche Verschiebungen. Der Finanzbedarf sinkt um rd. 4.816.100 Euro bzw. um rd. 21 % (Ansatz -22.810.700 Euro).

Insgesamt schließt der Finanzhaushalt 2018 voraussichtlich mit einem Bestand an Finanzmitteln in Höhe von rd. 14.435.000 Euro (mit v. g. Verschiebung Darlehensaufnahme / Ansatz 12.991.050 Euro).

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

René Mroncz - Markus Sperber - Andrea Voß

genehmigt OB

Bestandskonten 30092018
Ergebnisrechnungskonten 30092018